



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	090-2025
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2025.GRPARL.282
Eingereicht am:	02.06.2025
Fraktionsvorstoss:	Nein
Vorstoss Ratsorgan:	Nein
Eingereicht von:	Rüfenacht (Burgdorf, SP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Finanzdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für den Kanton Bern zu erwarten?

Der Bundesrat hat auf der Grundlage des Berichts Gaillard ein drastisches Sparprogramm mit dem Titel «Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt» beschlossen. Die Vorlage sieht rund 60 Massnahmen vor, davon 36 mit Gesetzesänderungen, die zu einer Verminderung der Ausgaben von 2,7 Milliarden Franken im Jahr 2027 und 3,6 Milliarden Franken im Jahr 2028 führen sollen. Neunzig Prozent der Massnahmen betreffen die Verminderung der Ausgaben, während nur rund 300 Millionen aus Einnahmenerhöhungen stammen sollen.

Rund 30 Prozent der Bundesausgaben fliessen in die Kantone. Da eine Reduktion dieser Beiträge vorgesehen ist, werden die Kantone unweigerlich von den Entlastungsmassnahmen betroffen sein. Zudem werden auch Personen und Institutionen, die von den durch den Bund mitfinanzierten Dienstleistungen Gebrauch machen, von den Kürzungen betroffen sein, da der Bund explizit das Ziel verfolgt, sie stärker direkt an den Kosten zu beteiligen. Insbesondere die Bereiche Bildung und Forschung, Umwelt und Klima sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt sind von massiven Sparmassnahmen betroffen. Im erläuternden Bericht des Bundesrats zur Vernehmlassung werden viele der Kürzungen mit einer Entflechtung der Aufgabenbereiche von Bund und Kantonen gerechtfertigt. Faktisch bedeutet das Sparpaket aber in vielen Bereichen eine Kostenverschiebung vom Bund hin zu den Kantonen oder eine Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Relevanz der vorgeschlagenen Massnahmen für die Bereiche Bildung, Mobilität, Gesundheit, Umwelt und Regionalpolitik – alles Bereiche, in denen der Bund mit den Kantonen zusammenarbeitet oder deren Aufgaben mitfinanziert – ist es wichtig zu wissen, wie die Massnahmen den Kanton Bern betreffen und was der Regierungsrat in dieser Hinsicht schon getan hat und noch zu tun gedenkt.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat der Regierungsrat bereits eine Schätzung der möglichen finanziellen Auswirkungen der im Entwurf des Bundes für den Kanton Bern vorgesehenen Massnahmen vorgenommen, und auf welche Summen belaufen sich diese Auswirkungen? Gibt es insbesondere eine Einschätzung, ob das derzeitige Dienstleistungsniveau und die Kosten für die Betroffenen beibehalten werden können, und wie fällt diese aus? Falls nicht, beabsichtigt der Regierungsrat, eine solche Analyse vorzunehmen?
2. Hat der Regierungsrat bereits Kontakte mit anderen Kantonen aufgenommen, um die Möglichkeit einer koordinierten Reaktion auf den Bund zu prüfen, und welche Ergebnisse liegen gegebenenfalls vor?
3. Welche Massnahmen erwägt der Regierungsrat angesichts der aktuellen Situation der Kantonsfinanzen und der Projektionen im Finanzplan, um die möglichen Auswirkungen der Bundesmassnahmen auszugleichen? Werden insbesondere Kürzungen bei den kantonalen Aufgaben in Betracht gezogen? Ist eine Erhöhung der Steuereinnahmen vorgesehen? Gibt es Pläne, Lasten auf die Gemeinden zu übertragen?
4. Wie hat sich der Regierungsrat in der laufenden Vernehmlassung des Bundes positioniert – generell und im Hinblick auf die einzelnen Massnahmen?
5. Der Bund will Kürzungen beim Regionalverkehr vornehmen. Wird dies zu höheren Ticketpreisen oder zu einem Leistungsabbau im öffentlichen Personenverkehr im Kanton Bern führen? Oder wäre der Regierungsrat bereit, die Kürzungen des Bundes zu kompensieren?
6. Der Bundesrat will die Beiträge an die kantonalen Hochschulen senken, auf der Annahme, dass die Studiengebühren für Inländerinnen und Inländer verdoppelt und für Ausländerinnen und Ausländer vervierfacht werden könnten.
 - Wie beurteilt der Regierungsrat eine solche Erhöhung der Studiengebühren?
 - Was wären die Konsequenzen dieser Massnahme für den Hochschulstandort Kanton Bern?
7. Werden die Kürzungen des Bundes bei der Prämienverbilligung durch eine Erhöhung des Kantonsanteils ausgeglichen oder ist mit einer Kürzung der Prämienverbilligungsbeiträge im Kanton Bern zu rechnen?

Verteiler

– Grosser Rat